

311029

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der kurzen mir noch verbleibenden Zeit möchte ich auf einige Punkte eingehen. Wir stimmen in den meisten Bereichen dem Antragspaket der SPD zu. Ich gehe zunächst auf den Antrag "Keine kalte Kommunalisierung der Kosten der Integration!" ein. Das ist eine wichtige Forderung, die wir unterstützen. Da geht es um zusätzliche Plätze in Kindergärten, um Hilfe für den Einstieg in der Schule usw. Wir haben die finanzielle Unterstützung vonseiten des Freistaats auch beim Integrationsgesetz immer wieder eingefordert. Diese Forderungen sind aber nicht erfüllt worden. Wir sagen natürlich: Wer bestellt, soll auch bezahlen. Aber im Vorblatt des Integrationsgesetzes steht nach wie vor: Den Kommunen entstehen keine Kosten. – Das stimmt einfach nicht. Das ist einfach falsch. Wir meinen, die Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher erwarten wir auch, dass keine Kommunalisierung der Kosten stattfindet. Jetzt sagen Sie, das ist ja nichts Neues. Neu sind aber zum Beispiel die Meldungen, die am 17.04. bundesweit bezüglich der Kosten für die Flüchtlinge in der Presse waren. Hier haben verschiedene Bürgermeister und Landräte die Kosten einmal vorgerechnet und haben Briefe, haben Rechnungen an die Bundeskanzlerin geschickt. So sagt etwa Peter Dreier, Landrat aus Landshut, Landshut seien durch die Flüchtlingskrise Kosten in Höhe von 9 Millionen Euro entstanden, jedoch seien nur 7 Millionen erstattet worden, und 2 Millionen fehlten. Oder der Oberbürgermeister von Fürth, Thomas Jung, sagt, pro Jahr entstünden 10 Millionen an Kosten, nur 7 Millionen bekomme man zurück. Den Rest zahle Fürth selbst drauf. Und der Oberbürgermeister von Leipzig hat sogar ein Defizit von 27 Millionen.

(Zuruf von der CSU: Leipzig liegt nicht in unserem Land!)

311031

Herr Unterländer, das muss man einfach einmal sagen. Hier fehlen Gelder, die die Kommunen selbst aufbringen müssen. Wir meinen, hier besteht noch ein Defizit. Wir wissen, dass es auch bei den Personalkosten ein Defizit gibt. Nach wie vor müssen die Landkreise die Personalkosten tragen sowie zwei Drittel der Kosten für junge Volljährige.

Ein letzter Punkt, obwohl ich noch viel mehr sagen könnte. Bei der Familienpolitik stimmen wir allen Punkten zu, ebenso bei den Anträgen zur UN-Behindertenrechtskonvention. Und natürlich stimmen wir auch dem Antrag zur demokratischen Bildung durch Stärkung der politischen Bildung zu.

Frau Eiling-Hütig, Sie haben verschiedene Beispiele gebracht. Da muss ich sagen, das ist insgesamt noch zu wenig. Wenn wir von Sozialkunde sprechen: Ich war früher mal Sozialkundelehrer. Wenn Sie Sozialkunde mit einer Stunde in der Woche und auch noch am Freitag in der sechsten Stunde unterrichten müssen, dann bringt das überhaupt nichts mehr. Auch das ist zum Teil die Realität an bayerischen Schulen. Wir müssen hier insgesamt noch viel mehr tun.

Ein Beispiel ist auch das Service-Learning. Dieses verbindet schulisches Lernen mit gesellschaftlichem Engagement und bedeutet Engagement für andere. Schüler arbeiten bei gesellschaftlichen Projekten und bei Behörden mit. Beispielsweise sind Schüler als Streetworker im Rahmen der Drogenprävention oder aktiv in Kitas tätig, oder

Rückgabefrist: Freitag, 28.04.2017, 12.00 Uhr

Plenarprotokoll 17/102 vom 25. April 2017
Rednerauszug zur Autorisation
Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)

3

sie arbeiten in der Verbraucherberatung, in der Denkmalpflege oder in der Stadtverwaltung mit. Das heißt, Politik in Zeiten des Populismus bedeutet auch, jungen Menschen komplizierte Sachverhalte zu erläutern.

Rückgabefrist: Freitag, 28.04.2017, 12.00 Uhr

Plenarprotokoll 17/102 vom 25. April 2017
Rednerauszug zur Autorisation
Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)

4

311036

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Diese Anträge zum Service-Learning, die sehr zu seiner Stärkung beitragen würden, hat die CSU abgelehnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)